

Die Jungsozialisten: Verirrt im „Labyrinth der reinen Lehre“

Jungsozialisten-Kongresse — vor Jahren waren sie noch schlagzeilenträchtige Großereignisse, bei denen sich „die SPD der 80er Jahre“ jedesmal medienwirksam als „Kampfverband des Sozialismus“ in Szene zu setzen wußte. Theoriedebatten, Perspektivdiskussionen und heiße Redeschlachten um die „sozialistische“ Interpretation Marxscher Weisheiten bestimmten diese Treffen. Die Zeiten (und die Jusos) haben sich geändert.

Ihr diesjähriger Bundeskongreß in Lahnstein (10. bis 12. Juni 1982) verlief „in einer besonders miesepetrigen Stimmung“ (Süddeutsche Zeitung vom 14. Juni 1982),

war gekennzeichnet von endlosen Personaldebatten und Fraktionsklüngeleien, mit einem Wort: Der Kongreß manifestierte

„die Krise . . . der in ihren eigenen Ideologien verrannten Jungsozialisten“ (Kölnische Rundschau vom 14. Juni 1982).

Jungsozialisten und die SPD

„Die Jungsozialisten bleiben mit der eigenen Partei . . . zerstritten“ (Die Welt vom 14. Juni 1982).

Dieser seit nunmehr fast zehn Jahren bekannte Zustand wurde von den Jusos in Lahnstein um eine neue Variante bereichert: Während sie bisher noch immer um stärkere „sozialistische Akzente in der Regierungspolitik“ gekämpft hatten, attestierten sie in Lahnstein der SPD die vollständige Unfähigkeit zur Regierung überhaupt. Folgerichtig forderten sie mehrheitlich und überwiegend den alsbaldigen Wechsel der SPD in die Opposition.

Das Referat des scheidenden Bundesvorsitzenden Willi Piecyk befaßte sich zu drei Vierteln mit dem desolaten Zustand der Sozialdemokratie und geriet zu einem offenen Plädoyer für „neue Bündnisse“.

Piecyk bescheinigte der Bundesregierung eine „verheerende Bilanz in der Wirtschafts- und Sozialpolitik“.

Durch einen Sparhaushalt verschärfe die SPD-geführte Bundesregierung „die Krise noch zu Lasten der Ärmsten, nämlich derjenigen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind“.

Es müsse befürchtet werden, daß nach der Haushalts-Operation '83 ein „ärztliches Bulletin herausgegeben wird: Operation gelungen — Patient Sozialstaat tot!“ (Piecyc).

Die Situation der SPD als Partei sei dadurch gekennzeichnet, daß — so immer noch Piecyc —

„die SPD als politische Kraft nicht mehr stattfindet“.

Als symptomatisch für die

„permanenten Nötigungen durch den Regierungsflügel“ (Piecyc)

und die Selbstherrlichkeit, mit der

„Helmut Schmidt und seine Handlanger“ (R. Hartung, neuer Juso-Bundesvorsitzender)

sozialdemokratische Positionen und Beschlüsse außer acht lassen, bezeichnete der Bundesvorstand die Vorgänge in der Sozialdemokratie nach dem Münchner Parteitag:

„Da gibt eine große Mehrheit der Delegierten . . . der radikalen Erpressung durch den Regierungsflügel nicht ganz nach und formuliert . . ., daß Sozialdemokraten stärkere staatliche Eingriffe in die Wirtschaftsabläufe wollen . . . Die Partei muß dann erwarten können, daß ihre Regierungsvertreter sich daran machen, diese Beschlüsse praktische Politik werden zu lassen.

Statt dessen werden unmittelbar nach dem Parteitag quasi Ungültigkeitserklärungen abgegeben, in peinlicher Unwürdigkeit wird sich bei der FDP für die beschäftigungspolitischen Beschlüsse entschuldigt.

Eine Mißachtung der Partei, ein nachträglicher Tritt für die eingeladenen Betriebsräte, ein Beitrag zum Glaubwürdigkeitsverlust, wie er stärker kaum hätte ausfallen können“

führte der alte Juso-Chef unter anhaltendem Beifall der — wenn auch sonst spinnefeinden, dann hier doch einigen — Delegierten aus. Und weiter:

„Solch unverfrorenes Vorgehen richtet nicht nur die Partei langsam zugrunde, sondern hinterläßt einen politischen Flurschaden, von dem niemand glauben soll, man könne diesen gleichzeitig mit ein bißchen Dialog wieder politisch aufforsten.“

„Solche Vorgänge . . . degradieren die SPD und ihre Mitglieder zu gefügigen Wasserträgern puren Machterhaltungstrebens: Wir sollen Schmiere stehen für den Regierungserhalt mit einer liberalen Komponente, die den Interessen der Arbeitnehmer . . . eher schädlich als dienlich ist.“

In die gleiche Kerbe schlug der stürmisch gefeierte Gastredner Erhard Eppler. Sein Beitrag, der als

„wegweisende Orientierungshilfe für die Jungsozialisten“ (Olaf Scholz, Stomokap-Vertreter im neuen Bundesvorstand)

bewertet wurde, befaßte sich schwerpunktmäßig mit der Zukunft der SPD und der Jusos in den 80er Jahren. Eppler forderte die Jusos auf, alles zu tun, damit die SPD als Opposition neue sozialistische Identitäten und Schwerpunkte entwickeln könne. Dabei entwarf er die Vision eines ökologisch-pazifistisch-sozialistischen Bündnisses, in dem Gewerkschaftler, Sozialisten, „Friedensbewegte“ und Naturschützer gemeinsam dem sich abzeichnenden „Bürgerblock CDU/CSU/FDP“ Paroli bieten. Eppler wörtlich:

„Ich glaube, . . . daß wir schon 1988 wieder eine reelle Chance haben, die CDU schlagen. Dies hat aber einige Voraussetzungen: die Voraussetzung nämlich einer großen Integrationsleistung, die Voraussetzung, daß wir neue soziale Bündnisse knüpfen vor allem da, wo sie mutwillig zerschlagen worden sind . . . Dieser Integrationsprozeß . . . muß ein Integrationsprozeß von links sein, denn von rechts wird nicht mehr integriert.“

Erhard Eppler beließ es aber nicht bei der bloßen Aufforderung zu dieser Arbeit, er entwarf auch vereinfachte Schemata „linker Integrationsarbeit“. Als Kerngedanke — nicht neu, aber Balsam auf die Seelen der Juso-Funktionäre — schälte sich heraus:

„Wenn wir heute über Reformen reden, hören wir immer wieder, wir hätten kein Geld dazu. Sind wir wirklich so weit politisch auf den Hund gekommen, daß wir unter Reformen wohltätiges Geld ausgeben verstehen! Die Reformen der 80er Jahre, die vor uns liegen, die brauchen kein Geld. Die können sogar eine Menge Geld in die Haushalte bringen, aber wir brauchen Mut, nämlich den Mut, sich mit Interessenverbänden der Wirtschaft anzulegen . . .“

„Hätten wir eine andere Landwirtschaftspolitik, würden die Haushalte der EG, aber auch des Bundes entlastet werden. Dafür brauchen wir den Mut, es mit dem Bauernverband und der chemischen Industrie aufzunehmen.“

Und Eppler zur Gesundheitspolitik:

„Wenn wir es fertigbringen, aus diesem schauerhaften Reparaturbetrieb für menschliche Organe und Glieder so etwas wie ein Gesundheitswesen zu machen, dann kostet dies kein Geld, das spart Milliarden, aber da muß man sich dann mit den Ärzteverbänden und mit der Pharmaindustrie anlegen, und das kostet Mut.“

„Was jetzt an Reformen vor uns liegt, ist die Reform der Mechanismen und Strukturen unserer Industriegesellschaft für die 80er Jahre. Und wer daran nicht heran will, der soll nicht mehr von Reformen reden, zumal er ja sonst nur noch die alten Reformen, etwa im Sozialbereich, Stück für Stück abbauen kann.“

Gegen diese simple Vereinfachung der anstehenden politischen Aufgaben, gegen den Epplerischen Frontalangriff auf „die unheilige Allianz zwischen Großkapital und rechter Sozialdemokratie“ kam auch Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer der SPD, nicht an.

Er mußte die für ihn schmerzhafteste Erfahrung machen, daß die Beschwörung alter sozialdemokratischer Feindbilder nicht mehr ausreichte, um die ungezügelter Angriffe der Jusos auf die

„sozialdemokratischen Etikettenschwindler in der Bundesregierung und im rechten Parteiflügel“ (Piecyk)

zu stoppen. Auch wenn sich

„der (sozialdemokratische) Meister der behenden Geschwätzigkeit“ (TAZ vom 15. Juni 1982 über Peter Glotz)

mit markigen Worten bemühte:

„der entscheidende Kampf der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften muß dem neuaufgeputzten Bündnis der alten Geldeliten mit dem Neokonservatismus gelten...“

die platten Repliken der Jusos kamen postwendend.

„Wir haben uns lange von der Möglichkeit einer Straußschen Kanzlerschaft erschrecken lassen. Wir haben auch solidarisch gegen diesen Reaktionär gekämpft. Jetzt sehen wir aber kaum noch Unterschiede zwischen einer Straußschen und Schmidtschen Kanzlerschaft“ (Jürgen Wasem, Stamokap-Vertreter im neuen Juso-Bundesvorstand).

Oder wie es sein Kollege Scholz unter großem Beifall Peter Glotz entgegenschleuderte:

„Wir brauchen in der SPD keinen Glotzismus, sondern Sozialismus.“

Eine „bemerkenswerte“ Jugendorganisation haben sich die Sozialdemokraten großgezogen:

„Am Lahnsteiner Pranger stand einzig und allein die SPD. Impulse von ihrem Nachwuchs hat sie nicht erhalten, sondern nur kräftige Fußtritte.“ (Kölnische Rundschau vom 14. Juni 1982)

Jungsozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die Delegierten verabschiedeten nach stundenlangem Hickhack zwischen den einzelnen Fraktionen einen buntschillernden Katalog von Analysen und Forderungen zur „Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik“. Nach Auffassung der SPD-Jugend

„kann die kapitalistische Krise nur überwunden werden durch

— die Vergesellschaftung der Schlüsselsektoren der Volkswirtschaft

- die Demokratisierung der inner- und überbetrieblichen Entscheidungsprozesse durch den Ausbau der Mitbestimmungsrechte und
- die Entwicklung einer gesamtwirtschaftlichen Planung.

Diese drei Zielsetzungen sind untrennbar miteinander verbunden, und nur ihre gemeinsame Durchsetzung wird den Weg zu einer neuen ökonomischen Logik eröffnen, denn Voraussetzung einer demokratischen und sozialistischen Wirtschaftsordnung und -weise sind die Lenkung der Produktion im gesellschaftlichen Interesse, die objektive Möglichkeit, dieses über einen ausreichend großen Wirtschaftssektor durchzusetzen und die demokratische Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten an den diesbezüglichen Entscheidungen.“ (Beschluß der Jusos von Lahnstein)

Konkreter wurden die „Gegenstände eines Beschäftigungsprogramms“ beschrieben:

„Ein Beschäftigungsprogramm muß sich — will es wirksam sein — auf mindestens zweihundert Milliarden DM für die nächsten fünf Jahre belaufen.“

„Kriterien für ein erfolversprechendes Beschäftigungsprogramm sind:

- a) Es darf nicht aus Masseneinkommen finanziert werden . . .
- b) Die Förderung privater Investitionen ist . . . schädlich und deshalb abzulehnen.
- c) Es muß öffentliche Investitionen in ausreichender Höhe umfassen, die in Bereiche gelenkt werden, in denen gesellschaftlicher Mangel herrscht . . .
- d) Es müssen parallele Maßnahmen zur Steuerung der Investitionstätigkeit der privaten Unternehmen ergriffen werden.
- e) Es muß vordringlich die Finanzkraft der Kommunen gestärkt werden. Dafür kommen insbesondere die Erschließung zusätzlicher gemeindlicher Einnahmequellen (z. B. Steuern auf . . . Zweitwohnungen und Pferdehaltung) in Betracht.
- f) Die Einrichtung einer Investitionsmeldestelle.
- g) Die Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten zur Sicherung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf überbetrieblicher Ebene.“

Nicht nur konservativen Kommentatoren fiel zu diesem Katalog das Lambsdorffsche Wort ein vom

„Gruselkatalog sozialistischer Wirtschaftsinstrumente“ (Lambsdorff zitiert nach „Die Zeit“ vom 6. Mai 1982).

Nicht minder forsch formulierten die Jungsozialisten ihre Finanzierungsvorschläge:

- „1. Steuermehreinnahmen bzw. Minderausgaben.
- Abzulehnen ist eine Erhöhung der indirekten Steuern . . .

- Dagegen ist die vom DGB geforderte Ergänzungsabgabe ein geeignetes Mittel zur Finanzierung eines Beschäftigungsprogrammes.
 - Der Verteidigungsetat ist nominell auf den Stand von 1981 einzufrieren.
 - Der Höchststeuersatz wird von 56 auf 60 Prozent angehoben.
 - Die Bewertung des Grundvermögens ist anzuheben.
 - Eine Arbeitsmarktabgabe für Abgeordnete, Beamte, Selbständige und Freiberufler wird eingeführt.
2. Subventionen an private Unternehmen
- Möglichst alle Steuervergünstigungen werden auf direkte Zuschüsse umgestellt.
 - Alle Subventionsgesetze werden zeitlich begrenzt.
 - Die Erfolgskontrolle der Subventionen wird verbessert.
 - Dauersubventionen für bestimmte Unternehmen sind zu vermeiden.
 - Subventionen sind zu verbinden mit Auflagen hinsichtlich der Beachtung des Betriebsverfassungsgesetzes.
3. Staatliche Kreditaufnahme
- Einen Teil des staatlichen Kreditbedarfs muß direkt die Bundesbank übernehmen.
 - Der Geschäftsbankensektor wird verpflichtet, eine bestimmte Menge von Statsschuldentiteln zu niedrigen Zinsen zu halten.“

Addiert man die im Beschluß der Jusos angegebenen Zahlen allein schon aus dem Bereich „Steuermehreinnahmen bzw. -minderausgaben“, so erwarten die Jusos hier eine Verfügungssumme für das Beschäftigungsprogramm von mehr als 50 Milliarden DM (entsprechende Zahlen aus dem Bereich „Subventionen“ und „staatliche Kreditaufnahme“ werden nicht angegeben), „die Verfügungssummen sind hier nicht quantifizierbar“ (Juso-Beschluß von Lahnstein)

Jungsozialistische Sicherheitspolitik

Knapp die Hälfte der Delegierten wollte eine Politik „der einseitigen Vorleistung“, sie verwahrte sich gegen die Forderung nach „Abrüstung in Ost und West“. Der scheidende Bundesvorstand konnte sich mit seinem entgegengesetzten Antrag nur denkbar knapp durchsetzen (144 : 133 Stimmen).

Abgesehen davon wurde Altbekanntes wiederholt:

„(Wir) haben erkannt, daß der NATO-Rüstungsbeschluß eine qualitativ neue Bedrohung des Friedens bedeutet und das darüber hinaus mehr Waffen das Leben nicht sicherer machen, sondern im Gegenteil, eine permanente Friedensgefährdung darstellen. Der NATO-Rüstungsbeschluß ist eine neue US-Nuklear-Strategie des angeblich begrenzbaren und damit führbar gemachten Atomkrie-

ges sowie einer neuen US-Politik der Stärke“ und so in die allgemeine Aufrüstung der USA und NATO einzuordnen.

„Der Kampf um die Fortsetzung der Entspannungspolitik für Frieden und Abrüstung . . . ist . . . nicht unbedingt eine Klassenfrage im engeren Sinne. Er ist auch eine Existenzfrage für alle Klassen und Schichten der Gesellschaft, für die Menschheit schlechthin. Hieraus resultiert die Notwendigkeit einer möglichst breiten Bündnisbreite im Kampf für eine wirkliche Friedenspolitik ohne kleinliche Abgrenzungsversuche.“

„Die Bundesregierung und der überwiegende Teil der SPD-Spitze ist bereit, sich den US-amerikanischen Interessen unterzuordnen. Ob und in welchem Maße das geschieht, hängt von der Stärke der Friedensbewegung, den Kräfteverhältnissen der SPD, der Haltung der Gewerkschaften und letztendlich vom allgemeinen Stand der Klassenauseinandersetzungen ab.“ (Juso-Beschluß von Lahnstein)

„Die Sowjetunion befindet sich . . . in einer deutlichen Defensivhaltung gegenüber den kapitalistischen Staaten . . .“ (Juso-Beschluß von Lahnstein)

Personalpolitisches Dilemma der Jusos

Eine pikante Note erhielt der Kongreß durch die anstehenden Personalentscheidungen. Einziger Kandidat für den neuen Juso-Bundesvorsitz war der bisherige „Parteisekretär“ R. Hartung. Hartung hatte diese Funktion fünf Jahre lang ausgeübt — Grund genug für eine relative Mehrheit der Delegierten, ihn als

„bezahlten Angestellten der Regierungspartei“

abzuqualifizieren. Hartung erreichte erst im zweiten Wahlgang die einfache Mehrheit — Nein-Stimmen und Enthaltungen überwogen immer noch.

. . . und dann war da noch

Matthias Wissmann, Bundesvorsitzender der Jungen Union, zum Thema „Jusos und SPD“

Sie (die Jusos) haben sich in Lahnstein völlig außerhalb der Partei gestellt. Es wäre logischer, wenn sich die Jusos der Gruppe von Coppik und Hansen anschließen würden, dann würden sie ihre wahre politische Vorstellung in der richtigen Umgebung darlegen. Aber da es den Jusos ja immer auch um Macht und Einfluß geht, werden sie sich zu einem solchen konsequenten Schritt sicher nicht entschließen können (zitiert nach: Neue Osnabrücker Zeitung vom 12. Juni 1982).

Erhard Eppler zu Helmut Schmidt:

„Man kann nicht beliebig lange an einer Wirklichkeit vorbei regieren . . . Man kann doch nicht so tun, als gäbe es dies gar nicht. Es ist unrealistisch, wenn man so tut, als gäbe es eine Wirklichkeit nicht, nur weil man sie selber nicht begreift.“

Peter Glotz zur SPD:

„Die deutschen Sozialdemokraten stehen . . . in einem schwierigen und von Niederlagen gekennzeichneten Abwehrkampf.“

Matthias Wissmann, Bundesvorsitzender der Jungen Union, zum Thema „Jusos und Reagan“:

Wer so lautstark gegen den amerikanischen Präsidenten und das amerikanische Volk polemisiert und gleichzeitig, wie die Jusos es in den letzten Monaten erst wieder getan haben, gemeinsame, übereinstimmende Erklärungen verabschiedet mit den sowjetischen Jungkommunisten, der hat die Grundlagen unserer freiheitlichen Ordnung nicht verstanden (zitiert nach: Neue Osnabrücker Zeitung vom 12. Juni 1982).

Peter Glotz zu den Jusos:

„Angesichts der Tatsache, daß es jedenfalls nicht ausschließbar ist, daß diese CDU noch vor dem Jahr 2000 an die Regierung kommt, wäre es vielleicht sinnvoll gewesen, an irgendeiner Stelle deutlich zu machen, daß die Jusos nicht nur nach innen, sondern auch nach außen schauen. Wenn . . . man sich ganz und gar auf die Kritik der eigenen Partei konzentriert, dann degeneriert der Kampfverband zum Meditationszirkel.“

Peter Glotz über den sozialdemokratischen Teil der Bundesregierung:

„Was immer in den einzelnen Landesparlamenten passiert, die SPD sucht in Bonn nicht etwa einen ‚unheimlich starken Abgang‘, sie tut ihre Arbeit.“

Peter Glotz zum sogenannten „Neokonservatismus“:

„Der entscheidende Kampf der Sozialdemokraten . . . muß dem aufgeputzten Bündnis der alten Geldeliten mit dem Neokonservatismus gelten. Dabei warne ich davor, den Begriff Neokonservatismus auf alle und jeden anzuwenden; Franz Josef Strauß ist kein Neokonservativer; er war schon immer Reaktionär.“

Das Letzte

Der Juso-Bezirk Franken zum Thema „Ideologen und ihre Sprache“:

Das für die Produktion von Rüstungsgütern ausgelegte Kapital ist zwar produktiv, unterscheidet sich aber durch seine stoffliche Produktion von produktiv-reproduktiven Kapital; es ist produktiv-unreproduktiv, und steht . . . zum übrigen produktiven Kapital.

■ INFORMATION/ KOALITION

Schmidt: Mehr als miserable Noten

Erdbebenartig hat sich die Meinung zur Regierung erneut verschlechtert. Nach der jüngsten EMNID-Befragung haben lediglich 25 Prozent eine positive Meinung zu den Leistungen der Regierung Schmidt/Genscher „im ganzen“. Das bedeutet einen Rückgang von 6 Prozentpunkten gegenüber dem Vormonat. Dagegen beurteilen 17 (!) Prozent die Regierungsleistungen negativ; 4 Prozent machen keine Angaben. Die Ergebnisse im einzelnen (in Klammern die Zahlen des Vormonats):

	total (in v. H.)	Parteienpräferenz		
		CDU/ CSU	SPD	FDP
sehr gut	2 (3)	1 (—)	6 (6)	— (5)
gut	23 (29)	6 (9)	56 (67)	28 (28)
nicht so gut ausgesprochen	57 (52)	65 (65)	35 (25)	67 (63)
schlecht	14 (15)	26 (25)	— (1)	5 (4)
keine Angaben	4 (1)	1 (1)	2 (—)	— (—)

SPD in NRW: Mehr als 10 000 verließen die Partei

Die SPD ist in Nordrhein-Westfalen in der Zeit zwischen Januar 1980 und Ende 1981 durch Parteiaustritte um mehr als 10 000 Mitglieder geschrumpft. Dies zeigt — lt. Neue Rhein-Zeitung vom 11. 6. 1982 — eine Erhebung, die den Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr vorliegt. Allein im Ruhrgebiet sind nahezu 5000 Mitglieder ausgetreten, wohingegen die ostwestfälische SPD lediglich 983 Anhänger verlor. Am Niederrhein (Regierungsbezirk Düsseldorf) gaben 2300 ihr Parteibuch zurück, am Mittelrhein (Regierungsbezirk Köln) wurden 2000 Austritte verzeichnet. Damit

ist die SPD auf 288 000 Mitglieder zurückgefallen.

CDU-Mitgliederzuwachs

Bundesgeschäftsführer Peter Radunski gab den neuesten Stand der CDU-Mitgliedschaft bekannt, wonach sich auch im Monat Mai die ständige Aufwärtsentwicklung der Mitgliederzahl fortsetzte. Allein im Monat Mai war ein Zuwachs von 1401 zu verzeichnen. Per 31. Mai 1982 hat die CDU 710 362 Mitglieder. Radunski: „Bemerkenswert bei diesem erfreulichen Tatbestand ist, daß allein das Rheinland auf Grund einer Mitgliederwerbaktion im Monat Mai 506 neue Mitglieder dazugewann. Ebenso erfreuliche Ergebnisse melden die Landesverbände Hamburg, Baden-Württemberg und Westfalen-Lippe.“

Soldaten verklagen Apel

Soldaten der Bundeswehr wollen in Musterprozessen Verteidigungsminister Hans Apel (SPD) auf die Bezahlung ihrer Überstunden verklagen. Wie der Deutsche Bundeswehr-Verband, die Interessenvertretung aktiver und ehemaliger Soldaten der Bundeswehr, in Bonn mitteilte, seien entsprechende Prozesse schon in München, Stuttgart, Braunschweig und Stade eingeleitet worden. Der Verband tritt als Prozeßbevollmächtigter des jeweils klagenden Soldaten auf.

Vier Hamburger GAL- Abgeordnete Kommunisten?

Vier der neun gewählten Mitglieder der Hamburger „Grün-Alternativen Liste“ (GAL) gelten lt. General-Anzeiger, Bonn, nach den Erkenntnissen von Sicherheitsbehörden als Kommunisten, die wahrscheinlich die GAL unterwandern wollen. Zwei dieser Abgeordneten der Bürgerschaft gehören den Angaben zufolge der marxistisch-leninistisch ausgerichteten

„Gruppe Z“ an, die sich vor drei Jahren vom „Kommunistischen Bund“ abgespalten hat und derzeit rund 150 Mitglieder haben soll. Bei einem GAL-Parlamentarier handelt es sich um einen ehemaligen Funktionär der DKP. Seine DKP-Mitgliedschaft hat er aufgegeben, weil sie sich mit der Mitgliedschaft in der GAL nicht verträgt. Ein Abgeordneter ist weiterhin Mitglied im Kommunistischen Bund, der eine Konfrontation mit der Staatsgewalt befürwortet.

Partei Gründung beschlossen

Die Demokratischen Sozialisten (DS) um die parteilosen ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hansen und Manfred Coppik werden sich im November als Partei konstituieren. Der erste Bundeskongreß der „Initiative Demokratische Sozialisten“ beschloß mit großer Mehrheit, die Partei auf einem Kongreß am 27. November zu gründen.

SPD bereitet den nächsten Rentenbetrug vor

Zu Aussagen von Bundesminister Lahnstein im „Vorwärts“, daß die SPD ihre Versprechungen zur Rentenreform '84 teilweise zurücknehmen müsse, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Müller (Remscheid): Wie nach der Bundestagswahl 1976 plant die SPD jetzt offensichtlich einen neuen Rentenbetrug. Bundesfinanzminister Lahnstein signalisiert in aller Öffentlichkeit, daß die SPD ihre Versprechungen zur Rentenreform '84 nicht mehr halten will. Das den Müttern von der SPD versprochene Babyjahr soll nun gestrichen werden. Das ist Rentenbetrug und Wahlbetrug.

Die Diskriminierung der Mütter muß endlich beseitigt werden. Mit ihrer Erziehungsarbeit leisten die Mütter überhaupt erst die Voraussetzung, daß die Rentenversicherung noch Beitragszahler hat. Die

Anerkennung der Erziehungsleistung im Rentenrecht ist für den langfristigen Bestand unserer Rentenversicherung zu wichtig, als daß sie wegen Finanzierungsgesichtspunkten aufgegeben werden könnte.

China als Freund gewinnen

Die CDU/CSU begrüßt den Besuch des chinesischen Außenministers Huang Hua in Bonn. Denn die Friedenspolitik und die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland weisen mit denen der Volksrepublik China herausragende Parallelen auf. Die Unionsparteien haben als erste hierzulande die Bedeutung eines freundschaftlichen und konstruktiven Dialogs Bonns mit Peking erkannt und praktiziert, ohne deshalb die bestehenden ideologischen Unterschiede zu übersehen.

Der strategische Weitblick der chinesischen Staatsführung hält nach wie vor an den Notwendigkeiten der Wiedervereinigung Deutschlands und der Einigung Europas fest. Die Volksrepublik China strebt im Gegensatz zur Sowjetunion keine weltweite Expansion an.

Die Bundesrepublik Deutschland wendet sich ebenso wie die Volksrepublik China gegen jede Form des imperialen Hegemonismus, weil diese Gefügigmachung anderer Völker den elementaren Interessen und Überzeugungen des chinesischen wie des deutschen Volkes trotz ihrer unterschiedlichen geographischen und strategischen Lage zuwiderläuft.

Die CDU/CSU fordert die Bundesregierung auf, den deutsch-chinesischen Beziehungen künftig eine noch stärkere Bedeutung im Gesamtzusammenhang der deutschen Außenpolitik beizumessen und sie auf allen Gebieten so aktiv wie möglich zu gestalten. Wer China auf der Basis konvergierender Interessen zum Freunde gewinnt, steht auf festem und verlässlichem Gelände.

WAHLANALYSE

Niedersachsen: Junge Wähler liefen der SPD scharenweise davon

Die niedersächsische CDU hat bei der Landtagswahl am 21. März ihre stärksten Gewinne bei den jungen Wählern unter 25 erzielt. Das geht aus der Repräsentativuntersuchung des Wahlergebnisses hervor, die das Landesverwaltungsamt in Hannover vorgenommen hat. Die CDU, die sich bei den vorangegangenen Wahlen bei den Wählern aus der jüngeren Generation sehr schwer tat, hat diesmal in dieser Altersgruppe die Sozialdemokraten sogar deutlich überflügelt, stellte die Hannoversche Allgemeine Zeitung hierzu fest.

Insgesamt läßt sich dem Repräsentativergebnis der Statistiker, das sich auf das Wahlverhalten von 168 611 der insgesamt 5,41 Millionen Wahlberechtigten stützt, folgendes entnehmen:

Die Christlichen Demokraten, die mit 50,7 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit holten, sind jetzt in allen Altersgruppen die stärkste Partei. Bei den Wählern unter 25 verbesserten sie ihren Anteil von 37,1 (1978) um 3,7 auf 40,8 Prozent und überflügelten damit die Sozialdemokraten. Auch bei den 25- bis 35jährigen übertraf die CDU die SPD und verbesserte sich von 41,8 auf 43,4 Prozent. In den drei Gruppen der älteren Wähler über 35, bei denen die CDU seit jeher stärker vertreten ist, kamen die Christlichen Demokraten diesmal zu überdurchschnittlichen Ergebnissen, die noch um 3 bis 3,5 Prozentpunkte über dem Gesamtergebnis der Partei lagen.

Die Sozialdemokraten haben ihre schmerzlichsten Einbußen bei den jüngeren Wählern hinnehmen müssen, bei denen sie bisher tonangebend waren. In der Gruppe der unter 25jährigen rutschte die SPD von 46,0 um 12,7 Prozent auf 33,3 Prozent ab. Dieser Anteil liegt sogar noch erheblich unter dem Gesamtergebnis der Sozialdemokraten von 36,5 Prozent. Auch bei den 25- bis 35jährigen, bislang eine sichere Domäne der SDP, fiel die Partei stark zurück. Ihr Anteil verminderte sich von 47,1 um 10,4 auf 36,7 Prozent. Am besten hielt sich die SPD bei den Senioren über 60: In dieser Gruppe, die wohl aus Tradition an der SPD festhält, gab es nur Verluste von 2,2 Prozentpunkten.

Die Grünen, die mit 6,5 Prozent aller Stimmen erstmals die Sperren des Wahlgesetzes überwandten, haben ihre Wähler vor allem bei den Jüngeren rekrutiert und dabei offenkundig in großer Zahl frühere SPD-Wähler für sich gewonnen.

Die FDP, die mit 5,9 Prozent nach vierjähriger Pause ins Parlament zurückkehrte, hatte bei der „reifen Jugend“ ihren stärksten Rückhalt: Bei den 25- bis 35jährigen stimmten 6,3 Prozent für die FDP, bei den 35- bis 45jährigen sogar 6,6 Prozent.

Ein besonderes Kapitel stellen die weiblichen Wähler dar. Die jüngeren Frauen bis 35, die bislang zur SPD tendierten, haben diesmal überwiegend die CDU gewählt. Sie kam damit auf einen Stimmenanteil von 39,6 bis 42,8 Prozent. Die SPD fiel kräftig zurück und erreichte bei den unter 25jährigen nur noch 34,3 Prozent.

■ RAUMFAHRT

Wettbewerbsfähigkeit muß erhöht werden

Die CDU/CSU-Fraktion hat eine Initiative zur Raumfahrtspolitik vorgelegt, weil der Bundesregierung die Förderung der Raumfahrt gleichgültig ist. Trotz enormer Haushaltsmittel von jährlich über 850 Mio. DM ist die Zukunft der Raumfahrt für die 80er und 90er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig völlig offen und ohne Zukunftsperspektive, erklärt MdB Lutz Stavenhagen.

Aber ohne die Perspektive neuer, qualifizierter Entwicklungsvorhaben läuft die staatliche Förderung ins Leere. Die Mittel des Bundesministeriums für Forschung und Technologie wurden falsch eingesetzt, wie die inzwischen erkennbaren Marktchancen bei Träger-Raketen, Nachrichten-Satelliten und Spacelab-Nutzung zeigen. Ganz deutlich wird dies am Beispiel der seit nunmehr fast zwölf Jahren in dem Fachressort andauernden Beschäftigung mit einem Fernseh-Satellitensystem. Dieses ist bis heute noch nicht realisiert; voraussichtlicher Starttermin wird nun 1985 sein.

Medienpolitische und taktische Erwägungen der SPD haben immer wieder neue Hemmnisse aufgeworfen und Zeitverzögerungen gebracht. Gute Ausgangspositionen und die ursprünglich vorhandene Schlüsselrolle der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie auf diesem Gebiet wurden verspielt und das erklärte Förderziel des BMFT nicht erreicht.

Hierzu bemerkte der Bundesrechnungshof am 5. April 1982: Zwar hat die Förderung des TV-Sat-Programms wesentlich

dazu beigetragen, die deutsche Industrie frühzeitig in die Lage zu versetzen, ein Fernseh-Rundfunk-Satellitensystem zu errichten. Es ist jedoch nicht gelungen, zügig das weitgehend fertige deutsche Konzept in die Zusammenarbeit mit Frankreich einzubringen.

Dadurch sind

- vermeidbare Ausgaben in der Übergangsphase (rd. 65 Mio. DM) und weitere finanzielle Nachteile deshalb entstanden, weil bereits fertige Entwicklungen nicht angewendet werden; es ist zu befürchten, daß die deutsche Industrie auf den vom Verzicht betroffenen Gebieten die erreichte Spitzenstellung verliert,
- gleiche Komponenten im Rahmen des Abkommens noch einmal zu entwickeln und zu bezahlen,
- Verzögerungen in der Fortentwicklung des Projekts eingetreten mit einer damit einhergehenden Verteuerung des Vorhabens (zur Zeit schätzungsweise 150 Mio. DM),
- wegen der inzwischen aufholenden Konkurrenz erhebliche Minderungen von Exportchancen zu befürchten.

Auf dem Gebiet der Raumfahrt könnte sich nun das wiederholen, was uns heute bei Autos und optischen Artikeln, in der Elektronik oder bei Kernkraftwerken zu schaffen macht: Daß nämlich die Konkurrenten sich Märkte erobern, auf denen deutsche Firmen — noch — gute Chancen hätten. Deshalb fordert die CDU/CSU ein Raumfahrtprogramm, in dem die staatliche Förderung der Raumfahrt unter einer dreifachen Zielsetzung erfolgt:

- Förderung von Wissenschaft und Grundlagenforschung,
- Verbesserung der technischen Infrastruktur auf nationaler und internationaler Ebene durch anwendungsorientierte Nutzung der Raumfahrt,
- Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie.

■ BADEN-WÜRTTEMBERG

„Partnerschaft und Solidarität“ mit der Dritten Welt ein voller Erfolg

„Partnerschaft und Solidarität“ war das Motto des 17. Landesparteitages der baden-württembergischen CDU in Bad Mergentheim. Daß dies nicht nur große Worte sein sollten, sondern daß bereits Taten vorzuweisen waren, machte der zweite Teil des Parteitages deutlich. Eine ansehnliche Zahl von Würdenträgern, Botschaftern und Diplomaten aus der Dritten Welt waren zu Gast.

Bischof José Sorra von den Philippinen informierte die 350 Delegierten über die Nöte und Sorgen in den Ländern der Dritten Welt. Er dankte für das Engagement des Landes Baden-Württemberg, denn wie Bischof Sorra meinte, sei alle fortschrittliche Entwicklung eine stagnierende und nutzlose Kraft, eine Bürde eher als ein Segen, wenn man nicht willens sei, mit anderen zu teilen.

Dies sei in der baden-württembergischen CDU in vorbildlicher Weise geschehen. Hier hatte vor über einem Jahr jeder Kreisverband ein Projekt in der Dritten Welt „übernommen“, insgesamt kamen bei einer Vielfalt verschiedener Aktionen über eine Million Mark zusammen. Der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Lothar Späth, dankte allen, die mitgeholfen haben, man hätte auch außerhalb der Partei ein reges Echo vernehmen und viel Mithilfe erfahren können. Späth nannte diese erfolgreiche Aktion, für die sich zwischenzeitlich auch schon andere Bundesländer interessiert haben, ein Zeichen für die Verantwortung der CDU auch den ärmeren

Ländern gegenüber, man helfe mit Taten und nicht mit linken Ideologien.

Ein Entwicklungshelfer gab anschließend einen aufschlußreichen Bericht über die alltäglichen Nöte und Sorgen und bat weiterhin um großzügige Unterstützung. Eine Reihe von Kreisverbänden, die überdurchschnittlich viele Aktionen durchgeführt hatten, wurden unter dem Beifall des Parteitagsplenums von Ministerpräsident Späth und dem Vertreter des jeweiligen afrikanischen Landes ausgezeichnet.

Trotz der stabilen Mehrheitsverhältnisse der baden-württembergischen CDU, die seit zehn Jahren im Südweststaat allein regiert, warnte der Landesvorsitzende vor der Gefahr der Überheblichkeit. Er ging darauf ein, daß jeder das Anspruchsdenken einschränken müsse, daß es gelte, wieder Möglichkeiten für zukunftssträchtige Investitionen zu schaffen. Dabei seien auch, so Späth, unbequeme sozialpolitische Kurskorrekturen unumgänglich. Sachlich und nüchtern betrachtete Lothar Späth auch einen möglichen Regierungswechsel in Bonn, nachdem Hessens FDP sich für die CDU entschieden habe.

Der 17. Landesparteitag verabschiedete einstimmig einen Antrag, daß Patenschaften für Kinder in der Dritten Welt übernommen werden sollen. Außerdem soll jungen Deutschen die Möglichkeit gegeben werden, in Entwicklungsländern tätig zu werden. Aufgrund der vorgesehenen Patenschaften werden die Probleme einzelner Gruppen der Dritten Welt auch den einzelnen Mitgliedern auf Kreisebene

deutlich, und es kann gezielte Hilfe geleistet werden.

Eine aktuelle landespolitische Übersicht gab der Fraktionsvorsitzende der Stuttgarter Mehrheitsfraktion Erwin Teufel. Das Vertrauen der Bürger setze auch vertrauenswürdige Politiker voraus, darüber sei man sich in Baden-Württemberg bei der regierenden CDU im klaren, so habe man bisher gehandelt und so werde man weiter handeln. Dies verstehe auch der Bürger, was jüngste Umfrageergebnisse zugunsten der Union bestätigen.

Nach dem Vorsitzenden der CDU-Landesgruppe in Bonn, Manfred Wörner, konnte der Bundesvorsitzende Helmut Kohl unter dem Beifall der Delegierten verkünden, daß man bei der CDU bereit und fähig sei, jederzeit die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die Koalition SPD/FDP sei am Ende, was aber nicht heiße, daß sie auch so konsequent sein müsse, dies zuzugeben, also zurückzutreten. Das bessere Sach- und Personalprogramm spreche für die Union, man sei aber auch bereit, bis zu den nächsten Bundestagswahlen zu warten, dann sei es am Wähler, ob er einsehe, wie seine Zukunft in Frieden und Freiheit in bessere Hände komme.

In diesem Zusammenhang warnte Helmut Kohl die Union vor immer wieder aufkommenden Personaldiskussionen, die teilweise unnötig geschürt würden. Wer sich heute zu Lasten des Ganzen profilieren wolle, der disqualifiziere sich letztendlich selbst. Eine neue unverbrauchte CDU-Regierung könne auch viel dazu beitragen, das Vertrauen in den Staat wieder zu verbessern. Einer oft verständlichen Angst müsse man den Optimismus der Vernunft, die auf eigene Kraft baut und vertraut, entgegenzusetzen. Man dürfe politische Entscheidungen und Gedanken nicht aus dem Zusammenhang reißen, es gebe nun einmal, so Helmut Kohl, „keinen Urlaub von der Weltgeschichte“, ein so tragisch-

■ EFU

Frauen betonen die christlichen Grundwerte

Die Verantwortung der Frau für die Welt von morgen — mit diesem Motto unterstreicht die Europäische Frauen-Union (EFU) ihre politische Arbeit. Sie beschloß dieses Motto anläßlich ihrer Ratssitzung in London für die nächste Generalversammlung 1983 in München.

Den Mitgliedern der EFU geht es darum, die ihnen gemeinsamen christlichen Grundwerte zu erhalten und zu bestärken. Die noch bestehenden Benachteiligungen von Frauen im Beruf, in der Familie und im öffentlichen Leben dürfen kein Grund sein, sich der verantwortlichen

ereignisreiches Jahrhundert wie das unsere gebe da einem verantwortlichen Politiker schon Pflichten auf.

Helmut Kohl appellierte an die Versammlungsteilnehmer, sich selbst für den Frieden in ihrem Kreise einzusetzen, man wolle geschlossen die gesteckten Ziele erreichen, dafür sei die CDU als Partei ein Beispiel, man könne deshalb Verzettelungen nicht gebrauchen, sondern müsse mit politischer Geschlossenheit handeln. Solange es die CDU gebe, meinte Helmut Kohl, werde Bonn niemals Weimar werden.

Für die Landes-CDU standen einige Satzungsänderungen an, wobei man nach längeren Beratungen sich darauf einigte, das Amt des Generalsekretärs der CDU in Baden-Württemberg aus der Satzung zu streichen; es war ohnehin seit einigen Jahren nicht mehr besetzt.

Gestaltung der Zukunft zu entziehen. Im Gegenteil — der Kampf um richtig verstandene Partnerschaft für Frauen und damit auch für Männer ist einer der Kernpunkte für eine lebenswerte Zukunft. Frieden, eine menschliche Umwelt, soziale Gerechtigkeit für Frauen und Männer sowie für Randgruppen und ethnische Minderheiten sind die Hauptziele. Diese müssen innerhalb Europas verfolgt werden, weil heute kein Land mehr auf sich allein gestellt zu Lösungen kommen kann.

Gerade die Arbeiten in den Kommissionen der EFU zeigen immer wieder, daß die Probleme nicht an den Landesgrenzen haltmachen. Daher begrüßte es die EFU besonders, daß eine Vertreterin der australischen Frauenorganisation als Beobachterin an dieser Ratssitzung teilnahm, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit auch mit den Frauen aus dem pazifischen Raum zu überlegen.

Die Präsidentin, die schwedische Reichstagsabgeordnete Ingrid Diesen, appellierte an die Versammlung, verstärkt dem Sozialismus in allen seinen Formen entgegenzutreten. Die Ehrenvorsitzende der britischen Sektion, Premierministerin Margaret Thatcher, würdigte in ihrer Grußadresse die erfolgreiche Arbeit der EFU. Dies betonte auch die Gastrednerin, Regierungsmitglied Baroness Young.

Zahlreiche Parlamentarierinnen des Europäischen Parlaments, der nationalen und regionalen Parlamente, zählten zu den Delegierten. Aus der Bundesrepublik Deutschland kamen insgesamt 15 Teilnehmerinnen, darunter die Abgeordneten des Europäischen Parlaments Marlene Lenz, Vorsitzende der deutschen Sektion, und Ursula Schleicher, Vizepräsidentin der EFU. Die Vorsitzende der Frauen-Union der CSU, Professor Ursula Männle, sprach die Einladung für die nächste Generalversammlung der EFU 1983 in München seitens der deutschen Sektion und der CSU aus.

STICHWORT

„Staatsverschuldung“

Die Finanzierung staatlicher Ausgaben erfolgt in erster Linie durch Steuern und sonstige Zwangsabgaben. Daneben hat der Staat die Möglichkeit, einen Teil seiner Ausgaben durch Kredite zu finanzieren. Einnahmen und Ausgaben des Bundes sind im Bundeshaushalt für das jeweilige Jahr festgehalten.

Durch das Grundgesetz sowie durch das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz ist der Bund verpflichtet, die Haushaltspolitik an den gesamtwirtschaftlichen Zielen — Preisstabilität, Wachstum, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht — auszurichten. Das Grundgesetz hat in Artikel 115 eine Grenze für die Kreditaufnahme des Bundes gezogen: Grundsätzlich dürfen die Einnahmen aus Krediten nicht höher sein als die Ausgaben für Investitionen, die der Bund im gleichen Jahr tätigen will. Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Die Schulden, die der Bund jährlich neu aufnimmt, werden als Netto-Kreditaufnahme oder Netto-Neuverschuldung bezeichnet. Sie betrug im Jahr 1981 37 Milliarden DM. Die Summe der Netto-Neuverschuldung der einzelnen Jahre ergibt den Gesamtschuldenstand des Bundes. Er lag 1981 bei 270 Milliarden DM.

Der Bund muß wie jeder private Kreditnehmer seine Schulden mit Zinsen zurückerzahlen. Tilgungen und Zinsen zusammen gerechnet werden als Schuldendienst bezeichnet. Der Bund mußte im Jahr 1981 allein 18 Milliarden DM Zinsen bezahlen. Rechnet man die Tilgungen in Höhe von 48,5 Milliarden DM hinzu, so ergibt sich für 1981 ein Schuldendienst von insgesamt 66,5 Milliarden DM. Damit reicht die Netto-Neuverschuldung nicht einmal für die Tilgung der alten Schulden aus.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

- | | |
|---|---|
| <p>28. 6. CDU-Präsidium
Nordrhein-Westfalen
Präsidium der CDU NRW</p> <p>29. 6. LV Westfalen-Lippe
Vorstand Sekretariatsgem.</p> <p>29. 6. CDA Schleswig-Holstein
Landesvorstand, Kiel</p> <p>30. 6. LV Westfalen-Lippe
Kreisgeschäftsführertagung,
Dortmund</p> <p>1. 7. Frauenvereinigung – Bund
Podiumsdiskussion,
Mülheim (Ruhr)</p> <p>1. 7. CDA Westfalen-Lippe
Arbeitsgemeinschaft CDA/DGB,
Dortmund</p> <p>2./4. 7. Frauenvereinigung
Europasektion Informationskom-
mission,
Bonn</p> <p>2./3. 7. Frauenvereinigung
Westfalen-Lippe
Seminar „Vielfalt der Medien“,
Attendorn</p> <p>2. 7. Junge Union
Westfalen-Lippe
Landesvorstand</p> <p>3. 7. LV Westfalen-Lippe
Landestagung berufstätiger
Frauen, Lüdenscheid</p> | <p>3. 7. CDA Westfalen-Lippe
Führungsseminar, Dortmund</p> <p>5. 7. LV Saar
Geschäftsf. Landesvorstand,
Saarbrücken</p> <p>5. 7. LV Saar
Landesausschuß, Saarbrücken</p> <p>7. 7. LV Saar
Sitzung mit JU-Landesrat,
Saarbrücken</p> <p>7. 7. LV Saar
Landesvorstand/JU-Landesrat,
Saarbrücken</p> <p>9. 7. KPV – Bund
Bundesvorstand/Hauptausschuß,
Düsseldorf</p> <p>12. 7. CDU-Präsidium
Sitzung, Bonn</p> <p>13. 7. CDA Westfalen-Lippe
Arbeitsgem. CDA/CGB
mit Beirat, Dortmund</p> <p>16./18. 7. MIT – Bund und KAS
Presseseminar,
Kaiserslautern</p> <p>16. 7. LV Rheinland-Pfalz
Landesvorstand, Mainz</p> <p>5. 8. Junge Union Niedersachsen
Landesvorstandssitzung,
Hannover</p> <p>6. 8. LV Hessen
Landesvorstand, Herborn</p> <p>7. 8. EAK/Schleswig-Holstein
Sitzung, Kiel</p> <p>14. 8. Junge Union Hessen
Landesausschuß, Mühlheim</p> |
|---|---|

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.
Verlag: Union Betriebs GmbH; Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50).
Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD